

**"Wie sehen unsere Nachbarn  
die deutsche Entwicklung?"**

**Janusz Reiter**

**Die deutsche Entwicklung  
aus polnischer Sicht**

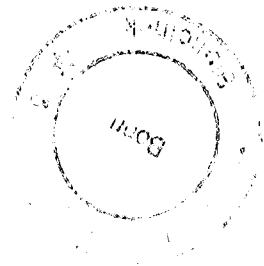
**29. Januar 1991 in Bonn**

**Janusz Reiter**

(Botschafter der Republik Polen)

Gesprächsleitung: **Dr. Wilhelm Bruns**

Leiter der Abteilung Außenpolitikforschung  
der Friedrich-Ebert-Stiftung)



C91-673

## Inhalt

Seite

<b>Einführung: Holger Börner .....</b>	<b>1</b>
<b>Vortrag: Janusz Reiter .....</b>	<b>3</b>
<b>Diskussion.....</b>	<b>13</b>

## **Einführung**

### **Holger Börner**

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung, sehr geehrter Herr Botschafter, Exzellenzen, meine Damen und Herren,

wir setzen unsere Diskussionsreihe "Wie sehen unsere Nachbarn die deutsche Entwicklung?" heute mit dem Botschafter der Republik Polen, Herrn Janusz Reiter, fort. Dies bleibt ein wichtiges europäisches Thema, auch wenn der gegenwärtige Krieg am Golf alles überschattet.

Ich begrüße Sie alle und freue mich, daß der Vortrag von Herrn Botschafter Reiter auf ein so breites Interesse stößt.

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, Herr Botschafter. Wir freuen uns, daß Sie heute bei uns sind. Sie haben sich in Interviews für die Schaffung einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft eingesetzt. Sie wollen hier für die Entwicklung der ökonomischen, kulturellen, politischen, aber auch humanitären Zusammenarbeit mit Deutschland wirken. Dazu gibt es in Polen und Deutschland viel Zustimmung. Die Schaffung langfristiger vertraglicher Grundlagen mit der Perspektive einer dauerhaften Verständigung und Aussöhnung unserer Völker ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Unsere Stiftung will auch durch diese Veranstaltung dazu beitragen, daß wir besser lernen, uns in die schwierige Situation Polens einzufühlen und seine Probleme besser zu verstehen. Sie können uns heute aus Ihrer Sicht sagen, welche praktischen Schritte notwendig und möglich sind, um auf der Grundlage des Erreichten eine dauerhafte und tragfähige Partnerschaft zwischen Deutschen und Polen zu schaffen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, Herr Botschafter, jetzt zu uns zu sprechen.

Meine Damen und Herren, die anschließende Diskussion wird wie immer Herr Dr. Bruns leiten. Ich hoffe auf ein gutes Gespräch.

## Vortrag

**Janusz Reiter\***

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen sehr für diese Einladung. Ich bin ihr gerne gefolgt. Nicht zuletzt deshalb, weil mir die Friedrich-Ebert-Stiftung seit vielen Jahren wohl vertraut ist, und zwar nicht nur ihre Institution, sondern auch ihre Mitarbeiter, die hier arbeiten, unter denen ich gute Bekannte – ich hoffe, auch sagen zu dürfen – Freunde gewonnen habe. Und nicht zuletzt durch Ihr Engagement in Warschau.

Ich will mich auf die Frage konzentrieren, die man ganz vereinfacht so stellen kann: Wo liegt Polen heute? Das ist eine Frage, die in der polnischen Diskussion um die deutsche Einheit wieder auftauchte. Eine Frage, die Polens Geschichte jahrzehntelang, wenn nicht jahrhundertlang tief prägte: Wo liegt Polen, wo gehört Polen hin, wie ist Polens geopolitische Lage zu beschreiben? Ist sie, angesichts der Entwicklung, deren Zeugen wir heute sind, neu zu beschreiben, neu zu definieren?

Als ein Land zwischen Rußland und Deutschland wurde Polen traditionell definiert. Eine der Kernfragen der polnischen Politik lautete deshalb oft in der Geschichte: mit Deutschland gegen Rußland oder mit Rußland gegen Deutschland. Was manchmal nur auf die Wahl des kleineren Übels hinauslief. Der vielen von Ihnen bekannte Alptraum der polnischen Politik war eine Einigung der beiden Nachbarn auf Kosten Polens oder über Polen hinweg. Die nach dem Kriege gegründete Volksrepublik Polen griff dieses historische Denkmuster auf und machte es zu einem Instrument ihrer Politik. Sie brauchte dieses verunsichernde Dilemma, um dann mit um so größerem Stolz verkünden zu können, daß sie es überwunden, aufgelöst habe, und zwar durch die einseitige und nicht freiwillige Festlegung auf die Sowjetunion.

---

\* Der nachfolgende Text ist über weite Passagen in freier Rede vorgetragen worden. Beim Redigieren kam es darauf an, dem Text nicht alle Spontanität zu nehmen.

Sie nutzte dabei sowohl historische Ressentiments als auch Defizite der europäischen Politik. Deshalb schloß jeder Emanzipationsversuch in Polen, mehr oder weniger, auch den Gedanken ein, sich von den geopolitischen Fesseln der Vergangenheit zu lösen. Das bedeutete im Klartext, daß die Frage nach dem Verhältnis zu Rußland, aber vor allem auch die Frage nach dem Verhältnis zu Deutschland und zur deutschen Frage neu beantwortet werden mußten.

In größerem Umfang setzte diese Diskussion in den 80er Jahren ein, unter und nach dem Kriegsrecht. Das Kriegsrecht löste einen Schock aus, aber auch eine Diskussion, z.T. auch eine selbstkritische Diskussion. Dabei war von Anfang an für alle Beteiligten klar, daß die Gründe für den Militärcoup, der zur Zerschlagung der "Solidarität" führte, nicht nur in Polen selbst zu suchen waren. Der Widerstand der gefährdeten Funktionärsschicht war sicherlich eine wichtige, vielleicht eine entscheidende, aber nicht die einzige Erklärung für die Ereignisse vom Dezember 1981. Nicht weniger bedeutsam war gewiß die Starrheit des sowjetischen Machtsystems, das die "Solidarität" wie ein transplantiertes fremdes Organ ablehnte. Bei aller Sympathie für die "Solidarität" konnte der Westen sehr wenig tun, um das Scheitern des polnischen Experimentes damals zu verhindern.

Daher stand im Mittelpunkt der Diskussion der 80er Jahre, unter und nach dem Kriegsrecht, die Frage, ob es denn eine Chance gäbe, diese starren Fronten der europäischen Politik irgendwie in Bewegung zu setzen. Freilich auf eine friedliche Weise. Es war kein Wunder, daß dabei sofort das Stichwort "deutsche Frage" fiel. Könnte die deutsche Frage nicht eine Art Vehikel für die polnische Frage werden? Hätten die Deutschen nicht überzeugende Gründe, die Teilung Europas, unter der ja schließlich auch Polen leiden mußte, zu überwinden? Es war für die damalige Opposition schwierig – wenn nicht gar unmöglich – diese Überlegungen in operative Politik oder operative Ziele der Politik umzusetzen. Aber der Bewußtseinswandel, der durch diese Diskussion eingeleitet wurde, ist nicht zu unterschätzen. Das wurde später deutlich.

Die Geschichte hat dann einen anderen Weg gewählt und die Rollen anders verteilt. Es war vielmehr die Entwicklung in Polen, die der deutschen Frage einen Impuls gegeben hat. Die Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung in Polen im Jahre 1989 hatte für die ganze Region eine wichtige Signalwirkung. Dieses Signal konnte auch in der DDR nicht übersehen werden, wo die Menschen einige wenige Monate später auf den Straßen skandierten: "Wir sind das Volk", "Wir sind ein Volk".

Die Verknüpfung zwischen der polnischen und der deutschen Frage war viel komplizierter. Ich möchte darauf nicht näher eingehen.

Und noch etwas: Es war ein Weg zur Einheit Deutschlands und zur Freiheit für die Menschen in Ostdeutschland, der bei vielen Polen nicht nur Verständnis, sondern sogar Sympathie fand. Die Frage des Weges spielte auch in der Diskussion in Polen der 80er Jahre eine erhebliche Rolle. Skeptisch, mißtrauisch wurde damals ein möglicher geheimdiplomatischer Weg betrachtet, der die deutsche Frage aus ihrem europäischen Zusammenhang lösen könnte. Man befürchtete in Polen, im Kreis der Beteiligten dieser Diskussion, daß dadurch die deutsche Frage gelöst, aber alles andere – auch in Polen – beim alten bleiben würde.

Es ist ein entscheidender Aspekt der deutschen Vereinigung, daß ihre Vollendung die innen- wie außenpolitischen Grundlagen der Bundesrepublik nicht erschütterte. Ich denke nicht nur an die freiheitliche Demokratie in Deutschland und an die soziale Marktwirtschaft, sondern auch an die Verankerung der Bundesrepublik in europäische wie atlantische Integrationsstrukturen.

Es ist bekannt, daß sich die polnische Regierung von Anfang an für Deutschlands Verbleib in der NATO aussprach. Nicht weil wir die NATO für den Stein der Weisheit für alle Zeiten halten, sondern weil wir glaubten und glauben, daß es bisher keine sinnvolle Alternative dazu gibt. Ich glaube vor allem, daß die Chancen einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung dadurch, daß das vereinte Deutschland Mitglied der NATO wurde, nicht beeinträchtigt, sondern eher erhöht wurden.

Deutschlands Einbindung in die Integrationsstrukturen ist keine Erfolgsgarantie des gesamteuropäischen Einigungsprozesses, an dem Polen auch beteiligt sein will, aber sie ist mit Gewißheit eine wichtige Voraussetzung dafür. Wie kann man angesichts dieses gesamteuropäischen Integrationsprozesses Polens Stellung neu definieren? Damit komme ich auf die eingangs gestellte Frage zurück. Auf die Frage nach der geopolitischen Lage und Stellung Polens.

In der Diskussion der 80er Jahre, die ich erwähnte, zeigte sich eine klare Tendenz, Polens Stellung in Europa neu zu definieren. Polen liegt nicht mehr zwischen Deutschland und Rußland, so hat einer der Autoren das ausgedrückt, sondern zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der zerfallenden Sowjetunion. Das ist

keine bloße Beschreibung der Tatsachen, sondern das ist eine programmatische Äußerung. Sie will vor allem deutlich machen, daß Polen nicht mehr vor der Wahl des kleineren Übels zwischen Deutschland oder Rußland steht. Sie deutet aber auch unmißverständlich eine Entscheidung an. Die Entscheidung nämlich für die Europäische Gemeinschaft, nicht gegen Rußland, mit den Polen ebenso wie mit den direkten östlichen Nachbarn gute partnerschaftliche Beziehungen unterhalten will. Denn bei allen katastrophenähnlichen Krisenerscheinungen in der Sowjetunion, bleibt dieses Land gewiß eine Großmacht, deren Interessen respektiert, mehr noch: deren Interessen in Einklang mit den gesamteuropäischen gebracht werden sollten.

Auch Polen will seinen Beitrag dazu leisten. Aber als ein Land, das sich der europäischen Wertgemeinschaft zugehörig fühlt. Diese wiederhergestellte oder etwas erweiterte Wertgemeinschaft ist ein entscheidender Faktor des europäischen Einigungsprozesses. Sie schafft auch den Rahmen, in dem solche deutsch-polnischen Fragen wie die der nationalen Minderheiten gelöst werden können. Doch ein Staat kann sich nicht mit der Zugehörigkeit zu einer Wertgemeinschaft begnügen. Politik spielt sich ja nicht nur auf der Ebene der Werte ab. Sie hat auch ihre materielle Dimension.

Polen gehört zu den Ländern Mitteleuropas, die sich nach 40 Jahren von den ihnen aufgezwungenen, von der Sowjetunion dominierten Strukturen lösen. Es verabschiedet sich von dieser Vergangenheit, ohne ihr auch nur eine Träne nachzuweinen. Die Zukunft nimmt aber noch keine ganz klaren Konturen an. Man kann sich nur freuen, daß diese Sorge um die Zukunft die drei Länder der Region – Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn – nicht mehr voneinander trennt, sondern zunehmend verbindet. Es gibt mehrere Anzeichen in den vergangenen Wochen dafür. Das ist erfreulich!

Doch auch wenn sich die Hoffnung auf eine regionale Zusammenarbeit dieser drei Länder erfüllt, sie ist kein Ersatz für die von allen drei Ländern angestrebte Annäherung an und Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft.

Jeder, der realistisch denkt, weiß aber selbstverständlich, daß die EG-Option nicht von heute auf morgen in Erfüllung gehen kann. Die Assoziierung, die für dieses Jahr geplant ist, stellt eine notwendige Übergangsphase dar. Wichtig erscheint mir aber, daß in dem Assoziierungsabkommen auch die Beitrittsoption enthalten ist. Denn sie hätte für Polen, innen- wie außenpolitisch, eine wichtige stabilisierende – aber

gleichzeitig disziplinierende – Funktion. Mit der Annäherung und, wie ich hoffe, mit dem Aufnahme-prozeß, wird man sicherlich nicht in allen Bereichen im gleichen Tempo vorankommen. Er könnte in der politischen Sphäre relativ schnell vorangebracht werden. Es gibt zwischen Polen und den EG-Partnern heute so gut wie keine Interessengegensätze. Das zeigt sich u.a. in dieser Zeit in der Politik gegenüber dem Persischen Golf, wo Polen einen beschränkten, aber entschlossenen Beitrag leistet. Ich glaube, nichts steht einer viel engeren politischen Annäherung Polens an die EG im Wege, die eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anstrebt. Niemand sollte sich dadurch gefährdet fühlen. Der einzige Feind ist die Instabilität.

Ab und zu wird uns Polen die EFTA als eine Art Warteraum, vor dem zeitlich nicht festgelegten EG-Beitritt, empfohlen. Der Nachteil dieser Lösung, für die ich eine gewisse Sympathie habe, ist aber die politische Ohnmacht der EFTA. Im Gegensatz dazu ist die Europäische Gemeinschaft eben nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern sie ist eine Integrationsstruktur, die eine wichtige politische und auch sicherheitspolitische Funktion hat, was für Polen von großer Bedeutung ist. Zwar stellt sich die Frage einer militärischen Bedrohung heute in Europa nicht, aber die osteuropäischen Instabilitäten, die wir ja in diesen Tagen alle verfolgen, sind Grund genug, die Sicherheitspolitik nicht aus den Augen zu verlieren. In diesem Zusammenhang kann die Sicherheitsfrage Polens nicht auf einer rein nationalen Basis befriedigend gelöst werden. Polen will nicht dazwischen bleiben oder gar eine Art Pufferzone werden, wie uns manchmal im Westen empfohlen wird. Das ist nicht zeitgemäß. Im politischen Jargon Deutschlands würde man vielleicht sagen, das paßt nicht in die neue europäische Landschaft.

Das machtpolitische Konzept einer Pufferzone in Ost-Mitteleuropa wäre falsch, nicht nur weil es an den Ansprüchen eines fast 40 Millionen Volkes vorbeigeht. Es wäre vor allem deshalb falsch, weil es seine Funktion gar nicht erfüllen kann. Pufferzone, das suggeriert Abgrenzung, praktisch eine Abgrenzung in einer Richtung. Das halte ich für eine falsche Zielsetzung. Es soll ja vielmehr um Stabilisierung gehen. Das ist eine Aufgabe, die nur eine Integrationsgemeinschaft, aber nicht ein einzelnes mittelgroßes und dazu noch wirtschaftlich geschwächtes Land erfüllen kann. Eine solche Integrationsstruktur muß Stabilität ausstrahlen anstatt neue Mauern als Schutz vor den möglichen Folgen der Instabilitäten einzurichten. Wenn Polen heute keine Änderung der Sicherheitsmaßnahmen an seiner Ostgrenze erwägt, dann ist das eine notwendige Reaktion vor allem auf die dramatischen Vorgänge im Baltikum. Aber es sind nur Notmaßnahmen und kein Ersatz für politische Konzepte, die ja ohnehin nur euro-

päischen und nicht nationalen Charakter haben können. Polen will auch im Osten eine offene Politik führen, so weit das die Lage dort erlaubt. Diese Offenheit gilt nicht nur den unmittelbaren Nachbarn Polens, den einzelnen Republiken, für die Polen nicht nur Verständnis, sondern auch Sympathie hat, das gilt auch für die ganze Sowjetunion. Die polnische Ostpolitik der letzten 1 1/2 Jahre war darauf ausgerichtet, den Reformprozeß, der von Gorbatschow eingeleitet wurde, nach unseren Möglichkeiten zu unterstützen, um dadurch auch Krisen und deren Folgen für Polen und das übrige Europa verhindern zu helfen.

Polen hat in vielen wichtigen Fragen auf die innenpolitischen Schwierigkeiten Gorbatschows Rücksicht genommen, zum Beispiel in der Frage der Auflösung des Warschauer Paktes. Polen hat eben deswegen auf einseitige demonstrative Schritte verzichtet und sich für eine kontrollierte, gegenseitig abgestimmte Auflösung der Strukturen des Paktes ausgesprochen. Das frühere Verhältnis zwischen Moskau und Warschau, in dem Polen eine Satellitenrolle spielen mußte, gehört endgültig der Vergangenheit an. Wir wollen unsere Beziehungen mit der Sowjetunion, bzw. Rußland nach den Prinzipien der Partnerschaft und der Achtung der Unabhängigkeit entwickeln. Nur auf diese Art können wir auch die Wunden und Ressentiments abbauen, die aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen auf beiden Seiten zu spüren sind. Daran ist Polen nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Gründen interessiert.

Gute Beziehungen zwischen dem demokratischen souveränen Polen und der Sowjetunion können ein bedeutender Stabilisierungsfaktor in unserem Teil Europas bilden, der einer der wichtigen Pfeiler des neuen Ost-West-Verhältnisses und der Stabilität auf dem gesamten Kontinent darstellen würde. Stabile und partnerschaftliche polnisch-sowjetische Beziehungen, die diese Aufgabe erfüllen sollten, dürfen aber nicht durch alte Denkmuster belastet sein. Sie müssen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts für die Souveränität des Partners neugestaltet werden.

Ein Anliegen von uns allen, im Westen nicht weniger als im Osten, sollte sein, daß solche Regeln in ganz Europa, auch in seinem östlichen Teil, geachtet werden.

Die Probleme mit dem Transit der sowjetischen Truppen, die aus Deutschland durch Polen in die Sowjetunion abgezogen werden sollen, sowie die Schwierigkeiten mit dem Abzug der sowjetischen Armee aus Polen, zeigen, daß es auf diesem Weg noch viele Stolpersteine gibt, die geräumt werden müssen. Der Abzug einer großen Armee, mit ihrer schweren Bewaffnung und mit ihrer schweren Rüstung, ist nicht das,

was man mit einem verstärkten Touristenstrom vergleichen könnte. Es ist ein gigantisches Unternehmen, bei dem wirtschaftliche, sicherheitstechnische, sicherheitspolitische, ökologische und viele andere Probleme entstehen können. Kein souveräner Staat auf dieser Erde würde einer solchen Operation zustimmen, bevor nicht alle diese Fragen geklärt sind. Die Regelung ist inhaltlich gar nicht schwierig, zumal die Kosten des Transits von der polnischen Seite unter den allgemein geltenden Preisen festgelegt wurden. Sie liegt im Grunde genommen vor. Sie erfordert nur den sogenannten politischen Willen, d.h. die Unterschrift unter einem entsprechenden Abkommen.

Das trifft auch für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen zu. Mit allen Ländern – einschließlich der Mongolei – in denen die Sowjetunion ihre Truppen stationiert hat, hat sie inzwischen entsprechende Abkommen unterzeichnet. Nur mit Polen eben nicht. Moskau lehnte die polnische Forderung ab, die Truppen bis Ende dieses Jahres abzuziehen. Genauso war es mit den nächsten, längeren Abzugsfristen, die Polen vorgeschlagen hatte. Aber Moskau hat nicht einmal einen anderen, einen eigenen Terminvorschlag gemacht, sondern macht gar keinen Terminvorschlag. Das Argument, daß alle in Polen stationierten sowjetischen Truppen den Transit aus Deutschland überwachen sollen, ist nicht nur unhaltbar, es ist einfach unseriös. Es fällt einem schwer zu verstehen, warum fast 50.000 Soldaten mit ihren Waffen – z.T. mit Offensivwaffen – notwendig sind, um Transporte zu überwachen. Einige hundert zivile Fachleute würden dafür vollkommen ausreichen.

Polen vertritt nach wie vor die Meinung, daß die Sowjetunion und künftig Rußland nicht aus der europäischen Politik ausgestoßen werden dürfen. Auf keinen Fall! Im Gegenteil. Rußland oder die Sowjetunion muß geradezu in die europäische Politik integriert werden. Ich glaube nicht, daß die Stationierung der sowjetischen Truppen der richtige Beitrag der Sowjetunion zur europäischen Politik wäre. Das ist eine Auffassung, bei der sich Polen im Einvernehmen mit anderen europäischen Ländern wähnt.

Ich will keinen Hehl daraus machen, daß die gewaltsamen Aktionen im Baltikum, die gesellschaftliche Akzeptanz für die sowjetischen Truppen in Polen nicht gerade erhöht haben. Um so wichtiger wäre es, im Interesse aller Beteiligten – auch der Sowjets – den Streit schnell beizulegen. Man darf auf keinen Fall zulassen, daß es zu einem Destabilisierungsfaktor wird, in einer Region, die nichts mehr als eine stabile Entwicklung braucht. Man muß auch unbedingt verhindern, daß der Eindruck ent-

steht, daß dieses Problem eine Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis sein könnte. Es darf auch nicht der Eindruck entstehen, als ob sich in dem Dreieck Polen-Deutschland-Rußland das traditionelle Spannungsverhältnis mit wechselseitigen Verdächtigungen und Befürchtungen wiederherstellte.

Kurz nach der deutschen Vereinigung wäre das ein fataler Rückfall in alte Denkmuster. Niemand von uns kann daran interessiert sein. Dabei haben sich beide Seiten vorgenommen, einen solchen Rückfall zu verhindern. Es gibt Überlegungen, wie man die deutsch-polnisch-sowjetische Nachbarschaft zu einem Kooperationsdreieck umgestalten könnte. Es gibt einige praktische Projekte und Überlegungen dieser Art. Zum Beispiel das Projekt "Wohnungsbau" für sowjetische Soldaten, die in die Sowjetunion zurückkehren. Es ist ein großes Projekt, an dem auch polnische Firmen beteiligt sein können und hoffentlich beteiligt sein werden. Wenn es gelingt, wird es ein ermutigendes Beispiel dafür sein, daß ein solches Dreieck wirklich gut und produktiv funktionieren kann.

Es geht auch um ein allgemeineres Problem. Nämlich um das Problem des deutschen Engagements in Ost-Mitteuropa. Ohne deutsche Beteiligung kann der Wiederaufbau der Wirtschaft in diesen Ländern nicht vonstatten gehen, das ist völlig klar für alle, die realistisch denken. Für Deutschland als Partner spricht nicht nur die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik, sondern auch die historische Erfahrung. Die deutsche materielle Kultur übte immer einen produktiven Einfluß auf diese Region aus. Es hat keinen Sinn, dies heute leugnen zu wollen. Es gibt keinen Grund, das aus politischen Gründen in Frage zu stellen. Es ist auf der anderen Seite auch kein Geheimnis, daß eine starke – auch wirtschaftliche – Präsenz Deutschlands vor allem in Rußland, aber auch in mitteleuropäischen Ländern bei manchen Menschen Mißtrauen weckt. Das ist eine Frage der historischen Ressentiments, aber auch eine Frage der historischen Denkmuster, die ich schon erwähnte. Das deutsche Engagement weckt nicht nur Mißtrauen in diesen Ländern, manchmal auch in Westeuropa, siehe Frankreich.

Ich glaube, daß die Perspektive des EG-Beitritts, der drei Länder, die ich erwähnte – Polen, Tschechoslowakei und Ungarn –, die einzige sinnvolle Antwort ist auf diese Sorgen. Deutschlands Nachbarschaft zu Polen, und auch zur Tschechoslowakei und zu Ungarn, in der europäischen Gemeinschaft, wäre die klarste Absage an nationalstaatliche Denkmuster. Ich glaube, daß nur eine solche Integrationsgemeinschaft, die

Europäische Gemeinschaft den richtigen Rahmen schafft für eine solche Zusammenarbeit.

Ein Mitteleuropa kann solche Funktionen nicht erfüllen. Der Mitteleuropagedanke sollte Künstlern und Historikern überlassen werden. Als politischer Gedanke erfreute er sich in den 80er Jahren in einigen Ländern, auch in den Ländern des damaligen Ostblocks, vor allem in Ungarn – in der Tschechoslowakei weniger –, aber auch z.T. in Polen einer gewissen Attraktivität. Der Mitteleuropagedanke hatte eine politische Alibifunktion. Er drückte ganz einfach die Sehnsucht nach Freiheit und nach Demokratie aus, aber auf eine politisch unverbindliche und damit für die Machthaber erträglichere Weise.

Ich glaube, daß das Jahr 1989 Polen gezeigt hat, daß das Problem der Freiheit beim Namen genannt werden kann. Dadurch spätestens verlor Mitteleuropa seine Alibifunktion. Politisch wurde diese Idee immer, wenn sie in Verbindung mit Deutschland gesetzt wurde. Dann stieß sie aber auch bei vielen von denen, die sie sonst unterstützen wollten, auf Ablehnung. Ein mitteleuropäisches Deutschland würde den von Polen sowie von anderen mitteleuropäischen Ländern gesuchten Weg in die europäische Integration nicht verkürzen, es würde ihn vielmehr verlängern und komplizierter machen. Mit diesem Deutschland, das seinen Platz in Europa und damit auch seit den letzten 40 Jahren seine innere Ruhe gefunden hat, läßt sich eine Wiederkehr des geopolitischen Fatalismus vermeiden. Ich meine damit vor allem die institutionelle Verankerung Deutschlands in die westliche Struktur, aber auch die geistige Identifikation der Deutschen. Ich bin sicher, daß das auch für das deutsch-polnische Verhältnis eine ganz entscheidende Bedeutung hat.

Charles de Gaulle hat den Satz ausgesprochen, der uns allen – Deutschen und Polen – Mut machen kann bei dem neuen Versuch unserer Nachbarschaft. Er hat gesagt: "Völker können zwar ihre Geographie nicht ändern, aber sie können ihre Geopolitik ändern".



## **Diskussion**

### **Dr. Wilhelm Bruns**

Vielen Dank, Herr Botschafter. Das war ein sehr ungewöhnlicher Vortrag in dieser Reihe, denn bislang haben wir zum Thema: "Die deutsche Entwicklung aus der Sicht wichtiger Nachbarstaaten" Dinge gehört mit dem Tenor, alles was in Deutschland vor sich geht ist sehr kompliziert, sehr schwierig und gibt meistens Anlaß zur Besorgnis. Sie haben, wenn ich das richtig verstanden habe, mehr Polens Probleme und Polens Position ins Zentrum Ihres Vortrages gerückt, haben aber die Verbindung hergestellt dadurch, daß Sie sagten, daß die deutsche Frage und die polnische Frage zusammengehören. Das wird in diesem Saal niemand bestreiten. Die deutsche Frage ist beantwortet. Die äußeren Aspekte sind beantwortet, die inneren auch. Was aber mit der polnischen Frage? Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, hängt diese Frage sehr stark davon ab, wie die sowjetische Frage beantwortet wird.

Wir haben in Europa nämlich ein neues Problem,: Was tut sich in der Sowjetunion, wie entwickelt sich der sowjetische Faktor? Ich bin sicher, daß wir darauf eingehen. Ansonsten will ich es hierbei belassen und Sie einladen zur Diskussion.

### **Prof. Dr. Eberhard Schulz (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik)**

Herr Botschafter, ich habe Ihren Vortrag als ungewöhnlich positiv empfunden. Ich glaube in derselben Richtung wie Herr Bruns. Ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken. Nun meine ich, der Sinn solcher Veranstaltungen sollte sich nicht darin erschöpfen, einander freundliche Worte zu sagen, sondern wir sollten auch die Probleme ansprechen. Sie haben großes Gewicht darauf gelegt, daß Polen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden sollte. Ich unterstütze das mit großem Nachdruck. Ich halte das für unumgänglich für uns alle. Die Frage ist aber, wie schaffen wir das? Die Gemeinschaft selbst hat innere Probleme, von Polens Problemen haben Sie andeutungsweise selbst gesprochen. Die Europäische Gemeinschaft hat nur dann eine wirkliche Existenzberechtigung, über die gemeinsame Wirtschaft hinaus, wenn sie zu einer politischen Gemeinschaft vertieft wird. Das heißt, wenn die einzelnen Mitgliedsländer bereit sind, auf Teile ihrer Souveränität zu verzichten. Meine Frage ist also: Sehen Sie eine Chance, daß sich dieser Gedanke auch in Polen durchsetzt, daß Polen bereit ist, auf Teile der Souveränität zu verzichten, um sich fest in diese Gemeinschaft zu integrieren? Das ist sicher für Polen besonders schwierig, nachdem

Polens Souveränität, gegen seinen Wunsch vor 40 Jahren beschränkt worden war. Jetzt müßte es freiwillig geschehen. Geht das?

**Jürgen Gromek** (Deutsche Angestellten Gewerkschaft)

Ich bin gestern von einer Reise zurückgekommen, die mich über Posen, Warschau und Danzig führte. Sie haben angesprochen und das Problem deutlich gemacht, zwischen Polen, Rußland und Deutschland mit dem Truppenabzug. Dazu eine Frage: Sie haben uns nicht gesagt, unter welchen rechtlichen und vertraglichen Verhältnissen diese Truppen in die frühere DDR gekommen sind. Vielleicht können Sie das noch nachholen.

Zum anderen ist die Frage, ob Rußland vielleicht da ein klein bißchen mauert, weil Polen bei den Gesprächen und Verhandlungen keine finanziellen Hilfen anbietet oder anbieten kann.

Und eine andere Frage, was kann man in Polen tun, um ein klein bißchen die Stimmung in der Bevölkerung zu verbessern, daß es in Polen aufwärtsgehen kann?

**Annemarie Renger** (Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir zu sagen, sehr geehrter Herr Botschafter, daß ich drei Punkte zu Anfang setzen will. Es ist der Kurt Schumacher, der drei Punkte gesagt hat. Wir sind nicht antirussisch, Europa ist ohne Sowjetunion nicht denkbar und in diesem Zusammenhang spreche ich auch die europäische Frage an, nämlich: die Probleme sind mit den Methoden des Jahrhunderts zu lösen, das jetzt vor uns liegt.

Diese drei Punkte möchte ich ansprechen und fragen: Wenn wir heute von der politischen Union im Westen sprechen und dabei die Frage stellen, wie die politische Union jetzt schon verwirklicht werden sollte unter Einschluß Polen, so sehe ich das aus ökonomischen Gründen einfach als unmöglich an. Der Unterschied zwischen den westlichen Ländern und den osteuropäischen Ländern ist noch so groß, daß ich meine Frage anders herum stellen möchte: Was können wir tun, um viel schneller als jetzt dies zu verändern, damit Demokratie, Freiheit und soziale Marktwirtschaft auch mehr bringen als daß, was bisher war? Es fängt ja schon ein anderer Prozeß an. Mit dem Reden "Unter denen war es besser". Das gibt es doch schon alles.

**Janusz Reiter**

Wenn Sie gestatten, würde ich erst einmal auf die polnische Frage eingehen. Es gibt heute nicht so etwas wie die polnische Frage. Es gibt heute nur die europäische Frage, die einen Rahmen schafft, in dem die polnischen Probleme gelöst werden können. Es gibt das Problem, wie die neugewonnene Freiheit und die Demokratie stabil werden können, und wie sie eingebettet werden können in europäische Strukturen, weil sie nur dadurch gefestigt werden können. Sie hat einen weniger dramatischen Charakter als noch vor zwei, drei Jahren. Aber die Lösung ist deshalb nicht einfacher geworden. Das ist der erste Punkt.

Herr Prof. Schulz hat von der politischen Union gesprochen und im Grunde genommen die Frage gestellt, ob Polen europareif sei. Zunächst muß ich einmal sagen, ich bin mir dessen bewußt, daß die sogenannte Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft zunächst einmal Probleme schafft für die Länder, die sich um den Beitritt bemühen. Das ist mir völlig klar. Ich glaube trotzdem, daß es keine Alternative gibt zwischen Vertiefung und Erweiterung, weil ich die Vertiefung aus anderen Gründen für entscheidend wichtig halte. Ich glaube, Polen und andere Länder der Region teilen diese Gründe, diese Motivation, die dafür spricht, daß diese Europäische Gemeinschaft vertieft wird. Auch wir brauchen die Europäische Gemeinschaft, diese politische Union aus europa- oder weltpolitischen Gründen, die auch für uns wichtig sind.

Jetzt wieder zu der Frage, ob Polen europareif ist. Ich kann diese Frage nicht mit arithmetischer Genauigkeit beantworten, sondern nur auf Grund meiner Erfahrungen und meiner Erlebnisse beantworten. Ich glaube, in Polen eine Stimmung wahrnehmen zu können, die mir erlaubt zu sagen, Polen ist auf dem Wege zur Europareife.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, das vielleicht ein bißchen kraß ist. Wir haben in Polen das Problem der Immigration, der Auswanderung. Seit einigen Jahren kann jeder Polen verlassen, der es will. Mancher Ausreisewunsch scheitert aber an dem Aufnahmeland. Für viele bietet sich nur Deutschland als ein mögliches Aufnahmeland an, aber nur für diejenigen, die ihre deutsche Vergangenheit nachweisen können. Wir haben die Entwicklung, daß nicht nur deutschstämmige Schlesier, sondern auch viele andere diese Möglichkeit suchen. Wir haben heute die Erscheinung, daß in der jüngeren Generation viele Menschen bereit sind, nicht nur die nationalstaatliche

Souveränität zu vergessen, sondern sie sind auch bereit, ihre eigene Identität aufzugeben, um die Chance zu bekommen, an Europa teilzuhaben. Wir müssen einen Weg finden, der Polen die Möglichkeit vermittelt, den Anschluß an Europa zu finden, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren. Die Gefährdung für die polnische Identität ist nicht die Übertragung der nationalen Souveränitätsrechte, sondern die Gefährdung ist die Krise, die bei den Menschen das Gefühl der Ausweglosigkeit und der Hoffnungslosigkeit erzeugt. Ich bin überzeugt, daß man das den Menschen vermitteln kann.

Ich glaube nicht, daß man heute mit dem Gedanken der nationalen Souveränität sehr viel erreichen kann. Ich habe viele Beweise dafür. Es gab Leute in Polen, die sich Sorgen gemacht haben, daß in Polen so wenig nationale Stimmung aufkam in der letzten Zeit. Sie haben auch manchmal versucht, diese Stimmung anzuheizen, damit die anderen Probleme nicht so sehr im Vordergrund stehen, wenn ich das so euphemistisch ausdrücken darf. Es ist nicht gelungen, einen nationalen Überschwang in Polen auszulösen. Wenn es nationale Stimmung gibt oder wenn es nationalistische Stimmung gibt, dann haben sie eher einen defensiven Charakter. Dieser Nationalismus bringt Hilflosigkeit und Minderwertigkeitskomplexe zum Ausdruck. Ich will das ganz offen so sagen. Es ist kein positiver Nationalismus, es ist kein Stolz, der sich darin ausdrückt. Es ist vielmehr verletzter Stolz. Das alles bestärkt mich in meiner Überzeugung, daß es sehr wohl die Bereitschaft bei vielen gibt, das ist ein Lernprozeß. Ich mache mir keine Illusionen, daß es weitgehend – vor allem in den jüngeren Generationen – die Bereitschaft gibt, diesen Weg, den man mehr oder weniger aus Westeuropa kennt, auch für Polen zu akzeptieren.

Zur Frage nach dem Abzug sowjetischer Truppen. Wie sind die sowjetischen Truppen mit ihren schweren Waffen nach Deutschland gekommen? Diese Frage kann ich nicht beantworten. Danach wurde Polen nicht gefragt. Der Unterschied ist, diese Truppen oder diese Waffen sind nach Deutschland gekommen, ohne daß jemand Polen fragen mußte. Da sich in Polen in den vergangenen 1 1/2 Jahren doch so viel verändert hat, kann der Abzug nicht so ablaufen wie der Einzug. Welchen Sinn hätte sonst der Wandel in Polen, der in den vergangenen 1 1/2 Jahren eingetreten ist? Polen will auf keinen Fall Schwierigkeiten machen und will auf keinen Fall diesen Prozeß aufhalten, sondern es geht darum, daß Polen das legitime Bedürfnis hat, wie alle anderen Staaten eine Antwort zu bekommen, wann die Sowjetunion bereit sein wird, ihrerseits die Truppen aus Polen abzuziehen.

Was kann man tun, um die Stimmung der Bevölkerung zu verbessern. Man kann nur versuchen, den Menschen ein Ziel, eine positive Chance zu vermitteln. Ich glaube, daß die Europäische Gemeinschaft vielmehr als nur wirtschaftliche Vorteile vermitteln soll. Sie soll eine Richtung zeigen, in der sich Polen entwickeln kann. Deshalb halte ich die Europäische Gemeinschaft auch innenpolitisch für eine wichtige Antwort auf die schwierigen polnischen Fragen.

**Günter Raulf** (General a.D.)

Herr Botschafter, Sie haben in Ihren Ausführungen nicht nur die Rolle der EG besonders positiv gewürdigt, sondern auch zur NATO sehr positive Ausführungen gemacht und insbesondere auch begrüßt, daß das vereinigte Deutschland weiterhin in der NATO bleibt und dort seine Rolle und Aufgabe erfüllt. Sie haben in diesem Zusammenhang auch von einer möglichen Annäherung Polens an die NATO gesprochen. Es wäre nun interessant zu hören, wie und in welcher Form Sie sich eine solche Annäherung vorstellen. Ob Sie es für denkbar und möglich halten, daß es zu einer politischen Mitgliedschaft kommt nach dem Modell Frankreichs und Spaniens oder auch zu einer integrativen Mitgliedschaft nach deutschem Vorbild.

**Dr. Dieter Benecke** (INTER NATIONES)

Herr Botschafter, Sie haben, sicherlich mit gutem Recht, sehr stark abgestellt auf die Frage Europäische Gemeinschaft, und das deutsch-polnische Verhältnis ein wenig in den Hintergrund geschoben. Sie haben die wirtschaftlichen und politischen Aspekte in den Vordergrund gestellt und die kulturellen ein wenig beiseite gelassen. Ich glaube aber, daß die Frage der Integration Polens in die Europäische Gemeinschaft sicherlich auch sehr stark von den bilateralen Beziehungen zu den einzelnen Staaten, die bereits in der EG sind, mitgeprägt wird. Daher wird auch die Frage Deutschland-Polen eine wesentliche Rolle spielen. Glauben Sie, daß das kulturelle Element dabei eher ein Hindernis ist oder glauben Sie, daß unsere gemeinsamen kulturellen Wurzeln und Leistungen und auch das, was wir künftig auf kulturellem Gebiet bewegen können, eher ein Motor der Annäherung Deutschlands und Polens sein kann?

### Dr. Ludwig

Herr Botschafter, Sie haben davon gesprochen, daß Polen sich in seiner Politik gegenüber dem Warschauer Pakt und in der Frage der sowjetischen Stationierungstruppen habe leiten lassen von Interessen, die man so ausdrücken kann, Gorbatschow zu helfen. Ich glaube, das übersieht einen wesentlichen Aspekt der polnischen Außenpolitik der letzten Monate, die ich in diesem Punkt auch charakterisieren würde als Versuch, die sowjetischen Stationierungstruppen in Polen und die Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt zu instrumentalisieren in der Deutschlandpolitik. Sie selbst haben damals noch als Journalist in "Gazeta Wyborcza" geschrieben, die sowjetischen Stationierungstruppen seien eine Karte im europäischen politischen Spiel und Polen solle ruhig einmal versuchen, was es für diese Karte bekommt.

Damit im Zusammenhang sehe ich auch die Zurückweisung des sowjetischen Angebots, über den Rückzug der Truppen aus Polen am 11. Februar 1990 zu verhandeln. Könnte es nicht sein, daß Polen heute in der Frage der sowjetischen Stationierungstruppen weiter wäre, wenn es auf der tschechischen und ungarischen Welle mitgeschwommen wäre?

Und eine weitere Frage, die damit eng zusammenhängt. Eine etwas härtere Haltung Polens seinerzeit hätte den Wert der sowjetischen Truppen in der DDR an den Verhandlungen möglicherweise etwas verringert. Ich wären andere Konstellationen denkbar gewesen, die sich möglicherweise auch für das deutsch-polnische Verhältnis günstiger hätten auswirken können.

### Janusz Reiter

Zu der Frage der NATO. Im Grunde, kann ich auf alle Fragen "ja" antworten. Ich will nur einen Vorbehalt machen, der Klarheit wegen. Es muß für alle in Europa deutlich sein, daß sich eine Entscheidung Polens nicht gegen irgend jemanden richtet, sondern daß der einzige Feind die Instabilität ist. Deshalb sehe ich auch keine Gründe, warum Polen an dieser gemeinsamen Front gegen die Instabilität nicht beteiligt sein könnte. Im Gegenteil! Polen wie auch die Tschechoslowakei und Ungarn sind aus den aufgezwungenen Strukturen ausgetreten. Aber damit ist noch nicht die Frage beantwortet, wohin man eintreten kann. In einem luftleeren Raum will man ja nicht hängen.

Warum ich mich so sehr auf die Europäische Gemeinschaft und die europäischen Aspekte konzentriert habe. Aus einem Grund, den ich hier erläutern will. Weil ich überzeugt bin, daß die Europäische Gemeinschaft auch den richtigen Kontext bildet für die Schaffung einer neuen deutsch-polnischen Nachbarschaft und weil ich sonst befürchte, daß Polen zurückfallen kann in eine solche Situation wie ein Kanichen, das eine Schlange anstarrt und vor Angst erstarrt.

Es gibt eine solche Tendenz in Polen und die Europäische Gemeinschaft hilft das zu verhindern. Ich sehe heute in dem deutsch-polnischen Verhältnis nach dem Grenzvertrag keine gravierenden Probleme. Heute ist es die europäische Frage, nicht so sehr die reinen deutsch-polnischen Probleme, die im Vordergrund stehen, so wichtig die auch sind.

Selbstverständlich will Polen seine Partner im Westen nicht davon überzeugen, daß es eine blühende, florierende Wirtschaft einbringt in die Europäische Gemeinschaft. Polen bringt etwas anderes ein. Polen bringt seine kulturelle Tradition ein, die für Europa interessant und wichtig sein kann und die gerade in Deutschland Interesse weckt. Von daher ist das eine notwendige Begründung des polnischen Wunsches nach Integration in Europa. Gerade die kulturelle Erfahrung, gerade das kulturelle Erbe, gerade die kulturelle Tradition Polens.

Das letzte Problem ist, daß Polen in eine selbst gestellte Falle geraten ist. Vor einem Jahr war die Lage anders in Polen. Das polnisch-sowjetische Verhältnis war sehr labil, und es hat sich erst im Laufe der Zeit stabilisiert. Es gab Probleme und Spannungen, die öffentlich nicht dargestellt wurden, aber es gab diese Probleme. Damals gab es in der Regierung Sorgen deswegen. Man sollte nicht vergessen, daß Polen eine Art Pionierrolle gespielt hat, daß Polen sich als erstes Land auf dieses dünne Eis begeben hat und jeden Schritt eben sehr vorsichtig machen mußte. Die anderen hatten es dann etwas leichter. Zumal ihre Stellung auch nicht so delikater war wie die Stellung Polens.

Polen hat damals eines verhindern wollen, daß der Abzug der sowjetischen Truppen unter dem Druck der Straße erfolgte. Das ist auch heute unser Wunsch. Der Eindruck ist falsch, daß Polen hier etwas bremsen wollte und verzögern wollte.

Die Frage des Warschauer Paktes. Wenn man die Protokolle der Sitzungen der Kommissionen liest, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, dann sieht man sehr



deutlich, daß Polen sehr entschlossen dafür eingetreten ist, daß der Warschauer Pakt aufgelöst werden soll, auf eine geordnete Weise. Polen hat ganz bewußt darauf verzichtet, das lautstark in der Öffentlichkeit zu verbreiten, was der ein oder andere für richtig hielt. Aber manchmal stand die Lautstärke im Gegensatz zu dem, was man im kleineren Kreis vertrat. Ich will das nur so andeutungsweise formulieren. Auf jeden Fall gab es ein gewisses Mißverhältnis zwischen dem polnischen Vorgehen in den internen Diskussionen mit der Sowjetunion und der Darstellung der polnischen Politik nach außen. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen gewesen, daß man in Polen Angst hatte und vielleicht auch noch heute hat, vor der Stimmung, die wegen dieser Frage in Polen entstehen kann. Nichts wäre schlimmer für Polens Ansehen in Europa als eine Situation, in der Gefühle und Stimmungen hochkommen, die zwar verständlich sind, nach all dem was passiert ist, die aber bei vielen Nachbarn ein schlechten, einen falschen Eindruck machen. Ich halte diesen Weg immer noch für besser.

Zu der Frage der 2+4-Verhandlungen. Daß Polen dabei eine Absprache mit der Sowjetunion hatte, ist völlig falsch. Es gibt keine Bestätigung dafür. Da gab es viel engere Kontakte mit Deutschland, aber auch mit den westlichen Partnern als mit der Sowjetunion. In all diesen Fragen spielte auch die Angst eine Rolle, daß das Problem irgendwie unkontrollierbar wird, und deshalb wollte man das möglichst vorsichtig und möglichst still angehen.

#### **Prof. Dr. Küchenhoff**

Die Ausführungen zu der Stationierung der sowjetischen Streitkräfte in Polen, veranlassen mich zu einer Frage, nach der Persönlichkeit und nach der Politik von Jaruzelski. War er nun – Stichwort "Kriegsrecht" – nun Diktator oder ein Patriot, der eine Verstärkung oder einen Einsatz sowjetischer Truppen in Polen nach dem Vorbild von Ungarn und von Prag verhindert hat, dadurch daß er eine rigorosere Innenpolitik betrieben hat.

#### **Frau Kiefer**

Herr Botschafter, ich habe zwei Fragen. Die erste betrifft die gewaltsame Aktion im Baltikum. Ich möchte fragen, ob Sie zufrieden sind mit der deutschen Reaktion darauf. Bonn hat die Sowjetunion sehr scharf kritisiert, aber nicht mehr und nicht weniger. Ich möchte fragen, ob Sie damit zufrieden sind und ob Sie denken, daß die

Deutschen eine besondere Verantwortung oder besondere Rolle spielen oder ob dies eine Sache für die EG oder die KSZE ist?

Zweitens möchte ich fragen, ob Sie denken, daß sich die Zeit nähert, wenn sich die westlichen Länder, Westeuropa und die USA, entscheiden müssen, ob sie Demokratisierung unterstützen oder den Mann Gorbatschow?

#### **Nikolai Kalinzew (TASS)**

Herr Botschafter, schon mehr als eine Woche wird ein Konvoi mit Hilfsgütern der Bundeswehr an die russisch-orthodoxe Kirche festgehalten. Warum lassen polnische Behörden ihn nicht passieren? Handelt es sich dabei wirklich um technische Details, wie man behauptet, oder spielt hier auch die große Politik und die Frage einer Transitpauschale, wie vor kurzem dpa gemeldet hat, eine Rolle?

#### **Dr. Lange**

Herr Botschafter, noch einmal zur Sicherheitspolitik. Das Interesse Polens an der NATO, das ist ja nicht nur durch Ihre Worte bekannt. Aber es kann natürlich auch erfolgswidrig sein, es kann Instabilität im Osten fördern, wenn das auf Seiten Ihres östlichen Nachbarn mißverstanden werden kann. Wie wird das bedacht, und wie gehen Sie in diesem Fall auf die Interessen der Sowjetunion ein?

Zweitens. Die Annäherung an die NATO würde sicherlich noch mehr Zeit kosten, als die Annäherung an die EG. Unter dieser zeitlichen Perspektive macht es Sinn, daß Ungarn und die Tschechoslowakei einen anderen Weg gehen, nämlich einer militärischen Zusammenarbeit, die vor einer Woche in Prag vereinbart worden ist. Polen war dabei, hat aber nicht mit unterschrieben. Aus welchen Gründen nicht?

#### **Janusz Reiter**

Die Frage nach Jaruzelski ist sehr schwierig zu beantworten. Ich kann darüber nur ganz persönlich sprechen. Ich hielt Jaruzelski vor Jahren für einen Verräter, für einen Feind. Ich habe ihn gehaßt. Aber inzwischen ist Respekt daraus geworden. Ich sehe seine Rolle jedenfalls viel differenzierter und ich glaube, daß er wirklich eine tragische Figur war. Ich halte ihm eines vor allem zugute, das sein Bild bei mir sehr

stark beeinflusst hat. Ich war sehr davon beeindruckt, daß er das letzte Jahr nicht dazu genutzt hat, sich ein Alibi zu verschaffen, um sich in Unschuld zu waschen mit dem Hinweis auf die Sowjetunion, und daß er nicht gesagt hat, er sei erpreßt worden oder unter Druck gesetzt worden und er hätte nicht anders handeln können. Im Grunde genommen sei nur Breschnew Schuld und er habe nur sein Bestes getan. Er hat das nicht gesagt, sondern er hat gesagt, er stehe zu dem, was er getan habe. Er habe das aus Verantwortungsgefühl getan und er sei dafür verantwortlich. Das gefiel mir sehr, weil das gar nicht so selbstverständlich war, zumal das ein Kontrast zu vielen anderen, die sich ganz anders verhalten haben, war. Nicht nur in Polen. Das ist ein sehr sympathischer Wesenszug dieses Mannes, und ich glaube auch, daß seine Rolle, die er in den vergangenen zwei Jahren gespielt hat, von der Geschichte gar nicht so negativ beurteilt wird, sondern sogar positiv beurteilt wird. Die Frage "Diktator", "Patriot" oder "Verräter", oft sind es nur ein paar Schritte und oft ist es verwechselbar. Ich glaube, daß die letzten Jahre sein Bild entscheidend geprägt haben. Ich habe eine gewisse Achtung vor ihm gewonnen.

Auf die Frage, ob ich zufrieden sei mit der Reaktion Deutschlands auf die Vorgänge im Baltikum, kann ich zur Stunde nicht antworten. Ich habe hier nicht zufrieden oder unzufrieden zu sein. Ich kann nur sagen, ich verstehe die Gründe für eine gewisse Zurückhaltung Deutschlands in dieser Frage. Nach den Erfahrungen in Polen, nach den Erlebnissen in Polen erwarte ich von allen demokratischen Ländern nur eines, daß sie die Dinge beim Namen nennen und nichts beschönigen. Daß sie dort, wo Unfreiheit herrscht, von Unfreiheit reden und nicht von einer anderen Variante von Freiheit. Und dort wo Unrecht herrscht, von Unrecht sprechen und nicht von einem anderen Modell von Recht.

Schließlich noch zu der Frage des Konvoi. Das ist keine politische und doch eine politische Frage. Es ist so gewesen, 200 Lastwagen haben sich auf den Weg über Polen in die Sowjetunion gemacht. Das sind Lastwagen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, also Militärlastwagen. Am Steuer sitzen sowjetische Soldaten. Stellen Sie sich vor, plötzlich erscheinen an der polnischen Grenze 200 große Militärlastwagen, sowjetische Soldaten am Lenkrad, insgesamt 400 sowjetische Soldaten, jeweils zwei in einem Auto. Sie können sich vorstellen, daß die polnischen Grenzbeamte ein bißchen überrascht waren. Das sah nicht nach einem typischen Hilfstransport aus. Polen hat drei Forderungen gestellt. Sie sind der sowjetischen und der deutschen Seite bekannt. Einmal sollen diese Lastwagen Markierungen haben, die sie als Hilfstrans-

port kennzeichnen. Es gibt beim "Roten Kreuz" Zeichen, die international abgestimmt sind für solche Hilfstransporte.

Die zweite Forderung war, sie sollen Versicherungen abschließen wie jeder Wagen, der durchfährt, und schließlich sollen die Soldaten zivil auftreten, nicht in Uniformen. Das war alles, mehr hat man nicht erwartet. Dabei haben die Veranstalter eines vergessen, daß man die polnische Seite darüber hätte unterrichten sollen, dann wäre das Ganze nicht vorgekommen. Ich glaube, die Reaktion der Grenzbeamten war nicht unverständlich. Vielleicht ist zur Stunde dieses Problem schon gelöst. Auf jeden Fall bemüht man sich um eine schnelle Lösung. Ich will das nicht dramatisieren.

Zur NATO. Der einzige Feind ist die Instabilität, und die einzige Bedingung für Polen und die einzige Voraussetzung derartiger Überlegungen oder Entscheidungen Polens ist, daß sich dadurch niemand gefährdet fühlt. Selbstverständlich will Polen darauf Rücksicht nehmen, daß das in der Sowjetunion nicht als eine Minderung ihrer Sicherheit empfunden werden kann.

Und schließlich, warum Polen in Prag etwas nicht unterschrieben hat. Das ist nicht richtig. In Prag haben sich die drei Außenminister völlig geeinigt. Es gab nur eine Differenz in einer Frage. Es ging darum, ob man einseitig erklären sollte, daß man aus dem Warschauer Pakt austritt. Polen und Ungarn waren der Meinung, daß das keinen Sinn hat in der jetzigen Situation, daß das eine Demonstration ohne praktische Bedeutung wäre, da sich der Warschauer Vertrag ohnehin auflöst. Deshalb sah man keinen Grund, das zu tun. Es wäre nur für die Öffentlichkeit gut, aber es hätte keine Bedeutung, und die Tschechoslowakei hat sich dieser Meinung angeschlossen. Diese Gespräche werden fortgesetzt. Es gibt da überhaupt keine Gegensätze und keine Meinungsverschiedenheiten. Das war der einzige Punkt, wo zwei Länder eine andere Meinung hatten als das dritte Land. Man hat sich dann aber ohne Probleme schnell geeinigt.

**Dieter F. Brockmann** (Beauftragter für Polen der Wirtschaftsunion Deutschlands)

Exzellenz, zwei Fragen. Wann, glauben Sie, kann Polen der Europäischen Gemeinschaft beitreten, und was können wir gemeinsam tun, um das dumme Bild, das teilweise in Deutschland herrscht, zu ändern nach dem Motto: Der Pole ist faul, der Pole arbeitet nicht, und er kann nicht arbeiten. Was können wir da gemeinsam tun, um diesen unsinnigen Eindruck auszumerzen?

**N.N.**

Herr Botschafter, Sie haben in Ihren Ausführungen ganz klar gesagt, daß Sie das deutsch-polnische Verhältnis u.a. in einer europäischen Dimension sehen. Nun haben Sie gleichzeitig gesagt, daß es ein bißchen das Kaninchen mit der Schlange gibt. In diesem Zusammenhang hat sich gerade auch bei den Verhandlungen zwischen Mazowiecki und Kohl, und auch was die 2+4-Verhandlungen angeht, gezeigt, daß es auf beiden Seiten tiefsitzende Spannungen gibt. Wie glauben Sie, müssen die gelöst werden? Wohin müssen die sich auflösen, damit aus dem deutsch-polnischen Verhältnis auch ein europäisches Verhältnis werden kann?

**N.N.**

Was fällt Ihnen ein bei dem Stichwort "Vertriebenenverbände", wenn Ihnen dazu noch etwas einfällt? Damit zusammenhängend: Wie beurteilen Sie die Entstehung der deutschen Freundschaftskreise? Und die dritte Frage, welchen Stellenwert messen Sie Städtepartnerschaften zwischen deutschen und polnischen Städten zu?

**Dr. T. Pusylewitsch** (Universität Kiel)

Herr Botschafter, ich hätte gerne gewußt, welche Rolle spielen Entschädigungsansprüche, die ja jetzt immer noch diskutiert werden, im Rahmen des deutsch-polnischen Verhältnisses?

**Janusz Reiter**

Wann Polen beitreten kann? So schnell wie das möglich ist. Daß das nicht so schnell möglich ist, wie Polen sich das wünschen würde, dafür habe ich Verständnis. Ich habe auch gesagt, es muß nicht in jedem Bereich in gleichem Tempo vorankommen. Im politischen Bereich könnte das vielleicht ein bißchen schneller gehen als im wirtschaftlichen Bereich.

Was kann man tun, um die Deutschen zu überzeugen, daß die Polen nicht faul sind und nicht arbeiten können? Man kann u.a. eines tun, man kann versuchen ein Klima zu schaffen, in dem jemand, der solche Vorurteile verbreitet, sich nicht als salonfähig fühlt. Ich denke dabei insbesondere an die neuen Bundesländer, wo das früher zum guten Ton gehört hat, solche Vorurteile zu verbreiten.

Spannungen und europäisches Verhältnis, wie das aufgelöst werden kann. Ich will diese Spannungen nicht zu sehr überschätzen und auch nicht die Angst vor der Wirtschaftsmacht Deutschlands. Ich habe noch als Journalist vor dem Besuch des Bundespräsidenten in Polen einen Beitrag für den Westdeutschen Rundfunk gemacht. Ich habe da u.a. Werftarbeiter in Danzig befragt. Da ging es darum, die Werft sollte aufgelöst werden, sie sollte verkauft werden. Es gab große Hoffnungen, aus den USA, Barbara Piasecka-Johnson würde die Werft retten. Das kam sehr gut an. Polnisches Amerika hilft Polen. Die Wiege der Solidarität wird gerettet. Es herrschte große Begeisterung dafür. Es wurde aber nichts daraus, und es kam eine große Ernüchterung. Im Gespräch war auch ein deutsches Angebot. Dieses Angebot wurde – unter mir nicht näher bekannten Gründen – abgelehnt. Ich habe dann, als ich meinen Beitrag drehte, mit Werftarbeiter gesprochen und sie gefragt, warum sie denn Angst gehabt hätten vor dem Deutschen, der die Werft kaufen wollte. Sie haben gesagt, uns hat keiner gefragt. Wir hätten nichts dagegen gehabt. Wir haben überhaupt keine Angst gehabt. Im Gegenteil, wir warten auf diesen Deutschen. Aber irgend jemand behauptet in unserem Namen, wir wollten ihn nicht. Ich würde das nicht überschätzen. Obwohl ich auch das ganz offen sage, in den früheren deutschen Ostgebieten ist die Stimmung z.T. schlechter, aber wir brauchen einfach die guten Beispiele, und ich bin sicher, es gibt praktische Beweise dafür. Dort vor allem, wo Arbeitslosigkeit besteht, fragen die Leute heute nicht danach, ob das Kapital aus Deutschland oder aus Hongkong kommt, wenn es Arbeitsplätze in Polen schafft. Für mich ist das Entscheidende, Polen steht vor der Frage, ob das Kapital nach Polen kommt oder ob die Polen zum Kapital kommen, d.h. nach Deutschland. Die Antwort ist für mich klar, was ich bevorzuge.

Zu den Vertriebenen fällt mir ein, daß es Tausende oder Zehntausende oder mehr Vertriebene gibt, für die ihr historisches Schicksal – ihr bitteres Schicksal – eine Motivation ist, sich desto mehr um die Nachbarschaft mit Polen zu kümmern. Ich kenne eine Familie, die eine Stiftung in Polen gründet, die ihre Nähe zu Polen dadurch unterstreicht, daß sie dort den Menschen hilft. Sie sagen, es ist unsere Heimat gewesen und wir fühlen uns dieser Heimat verbunden. Ob das zu Polen gehört oder zu Deutschland gehört, fragen wir gar nicht. Wir wollen den Menschen, die dort leben, helfen. Es ist ein Modell, für das ich sehr viel Sympathie habe.

Das andere, was mir einfällt, sind die Vertriebenenverbände. Ich habe keine Berührungspunkte gegenüber den Vertriebenenverbänden. Aber ich glaube, es wäre nicht

gut, wenn nur die Vertriebenenverbände sich z.B. in Oberschlesien um die Deutschstämmigen kümmern, weil die Vertriebenenverbände eine Art Lobby sind. Da muß ein Deutschlandbild und auch ein Weltbild vermittelt werden, das nicht geprägt ist durch lobbyistische Interessen, sondern ein normales Bild, ein pluralistisches Bild von Deutschland, das Deutschland mit all seinen Schattierungen zeigt.

Die Städtepartnerschaft. Das ist eine der Formen der regionalen Zusammenarbeit, die jetzt im Vordergrund stehen sollen in der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Reaktion auf die schlechten Erfahrungen mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den 70er Jahren, als der Staat alles dirigierte.

Zum Schluß zu den Entschädigungsansprüchen. Ich verstehe darunter das Problem der Entschädigungen an ehemalige polnische Zwangsarbeiter. Es gibt eine Einigung, daß das Problem nicht im Sinne von Durchsetzung oder Anerkennung rechtlicher Ansprüche gelöst wird, sondern das Problem wird auf eine politische man kann auch sagen eine humanitäre Weise gelöst. Für mich ist entscheidend, daß man das Ziel erreicht und nicht auf welchem Weg man das Ziel erreicht. Ob man das auf dem rechtlichen Weg oder auf dem politischen oder humanitären Weg erreicht, ist für die Menschen, um die es geht, nicht wichtig, sondern für sie ist wichtig, daß Hilfe kommt – und zwar rechtzeitig, denn die Zeit arbeitet nicht für diese Menschen, sie arbeitet gegen sie.

#### **Dr. Wilhelm Bruns**

Vielen Dank, Herr Botschafter.

In den deutsch-polnischen Beziehungen, haben wir heute Morgen gehört, gibt es keine Streitpunkte. Das ist ein guter Befund. Das Problem für Polen, wie für die Deutschen, ist die Sowjetunion. Daraus ergibt sich möglicherweise eine gemeinsame Interessenlage. Was mir aufgefallen ist, daß Sie den Transit der sowjetischen Soldaten vom Boden der ehemaligen DDR in die Sowjetunion, daß Sie diesen Transit in das Zentrum stellen. Jeder hier weiß warum. Ich habe das so verstanden, es muß verhindert werden, daß aus dieser Transitfrage ein deutsch-polnisches Problem wird. Es ist eigentlich ein sowjetisches.

Sehr nachdenkenswert ist Ihr Plädoyer für ein Kooperationsdreieck Sowjetunion, Polen und Deutschland. Aber – und das ist ein gutes Zeichen – auf den nächsten Schritt in den deutsch-polnischen Beziehungen sind Sie nicht mehr näher eingegan-

gen, nämlich auf den deutsch-polnischen Grundlagenvertrag. Den haben wir wohl so gut wie fertig.

Ich möchte schließen mit einem Ausspruch Ihres gewesenen Ministerpräsidenten, Herrn Marzowiecki, der in einer Regierungserklärung gesagt hat: Vor einem Jahr hat das polnische Schiff die Anker gelichtet und den Hafen verlassen. Herr Botschafter, ich wünsche Ihnen eine gute Reise!